

Die Kontrolle der Regierungsarbeit gehört neben der Gesetzgebung zur wichtigsten Aufgabe der 734 Abgeordneten des Bundestages. Der Bundestag wählt den Bundeskanzler, und der wiederum schlägt Ministerinnen und Minister vor, die vom Bundespräsidenten ernannt werden.



**Wolfgang Kubicki** ✓  
@KubickiWo



Ich bekenne mich schuldig.  
Ich wollte das Ende dieser Koalition, deren Gewürge unserer Wirtschaft und unserem Ansehen massiv geschadet hat.  
Ich wollte einen Kanzler nicht mehr mittragen, der sich selbst für den Größten hält, aber nichts mehr auf die Kette kriegt. Polen lädt zu einer Konferenz ein, nur Deutschland nicht.  
Was ist aus den vollmundigen Ankündigungen von Wirtschaftswumms, Abschiebewumms, Friedenswumms geworden?  
Ein gescheiterter Gernegroß.

Ich wollte und konnte den unfähigsten Wirtschaftsminister aller Zeiten nicht mehr verteidigen, dem nach drei Jahren steuerfinanzierter Lehrzeit immer noch die Grundkenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge fehlen.  
Ich war es leid, wie auch 80 Prozent der Bevölkerung.  
Und mir ist es völlig egal, wie es zu Ende ging. Ich bin froh, dass es zu Ende ist und wir endlich was Neues beginnen können.  
Wenn Ihr also einen Schuldigen sucht, Rote, Grüne oder Teile der Medien, nehmt mich. Je plaide coupable.

Niemand wird mir den Stolz auf meine Partei nehmen können. WK

9:19 vorm. · 29. Nov. 2024 · **1,8 Mio.** Mal angezeigt



**Wolfgang Kubicki** ✓  
@KubickiWo



Die Freunde von Robert Habeck werden aktiv.  
Wegen dieses Posts wurde ich bei der Polizei und der Rechtsanwaltskammer angezeigt.  
Wer SEINE Göttlichkeit nicht anerkennt, ist eben ein Ketzer. WK



**Wolfgang Kubicki** ✓ @KubickiWo · 29. Nov.

Ich bekenne mich schuldig.  
Ich wollte das Ende dieser Koalition, deren Gewürge unserer Wirtschaft und unserem Ansehen massiv geschadet hat.  
Ich wollte einen Kanzler nicht mehr mittragen, der sich selbst für den Größten hält, aber nichts mehr auf die Kette kriegt. Polen lädt zu

[Mehr anzeigen](#)

4:56 nachm. · 5. Dez. 2024 · **924.464** Mal angezeigt

So weit, so gut. Wenn aber die Regierung und die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten eine Einheit bilden, die so weit geht, dass sie einem der Korruption verdächtigen Bundeskanzler und Minister den Rücken stärken will, bleibt dabei die Kontrolle auf der Strecke.

Bundestagsabgeordnete, wie zum Beispiel Dunja Kreiser (SPD), sehen in der Kritik an der Arbeit „ihrer“ Politiker einen [Angriff auf die „demokratischen Strukturen“](#).

Sie plädiert für die Beibehaltung von [§ 188 StGB](#), denn er diene dem Schutz von Personen des politischen Lebens vor Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung.

Dieser Schutz steht aus ihrer Sicht offenbar nicht Politikern zu, die der amtierenden Regierung Fehlentscheidungen und Inkompetenz vorwerfen.



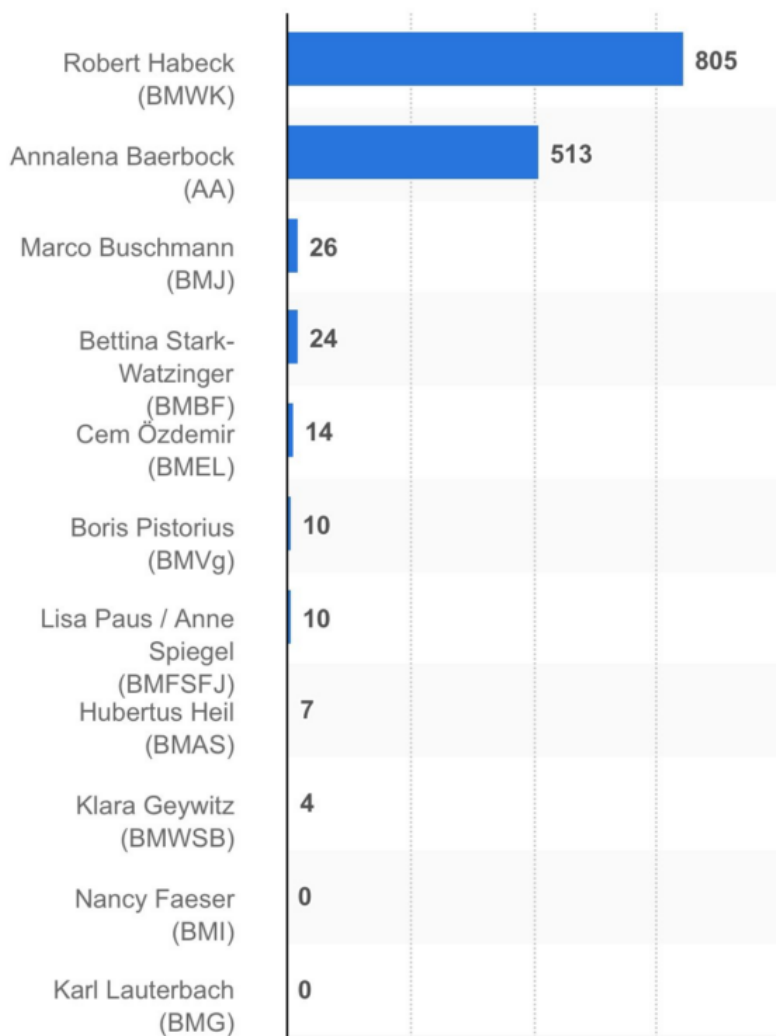
Kreiser unterscheidet fein säuberlich zwischen „ihren“ Politikern und denen ihrer Kritiker. Denen unterstellt sie die Verbreitung von „Hetze, Verleumdung und Desinformation“.

Aktuell ist mit Wolfgang Kubicki kein AfD Abgeordneter, sondern ein FDP-Politiker und einer der Bundestagsvizepräsidenten ins Visier von Abgeordneten geraten, die, so scheint es, eine Art „Robert-Habek-Schutztruppe“ bilden.

[Wolfgang Kubicki](#) sprach nur aus, was die Mehrheit der Bevölkerung über die Amtsführung des Wirtschafts- und Klimaministers denkt. Nur [36 Prozent halten Habeck für kompetent](#). Kubicki sprach diesen Gedanken auf X/Twitter aus und nannte Robert Habeck den „unfähigsten Wirtschaftsminister aller Zeiten“. Dafür wurde er angezeigt.

**„Die Zeiten von freier Meinungsäußerung sind wohl definitiv vorbei.“**

## Anzahl der Strafanzeigen durch Bundesminister in Deutschland im Zeitraum 26. September 2021 bis August 2024



<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1493232/umfrage/strafanzeigen-durch-bundesminister-in-deutschland/>

In den vergangenen Tagen haben sich Berichte über Bürger, die wegen Äußerungen

über Politiker angezeigt wurden, gehäuft, [berichtet](#) unter anderem Apollo News.

„Wenn Habeck-Anhänger wegen einer legalen Meinungsäußerung Wolfgang Kubicki anzeigen, der selbst Jurist ist und sich gute Anwälte leisten kann, mag man das als witzig abtun. Keineswegs witzig ist es für Normalbürger, denen um 6 Uhr morgens die Tür eingetreten wird. #Habeckzeit“, heißt es in einem Kommentar auf X/Twitter. Ein anderer User schließt [messerscharf](#): „Die Zeiten von freier Meinungsäußerung sind wohl definitiv vorbei.“

Obwohl die AfD am meisten von Beleidigungen, übler Nachrede und Verleumdungen betroffen sein dürfte, spricht sich die AfD-Fraktion für die Abschaffung des Paragraphen 188 des Strafgesetzbuches aus.

„Mit diesen Sonderrechten müsse Schluss sein, forderte Stephan Brandner (AfD) in einer von seiner Fraktion beantragten [Aktuellen Stunde](#) mit dem Titel „Paragraf 188 StGB abschaffen – Keine Einschränkung der Meinungsfreiheit durch den Straftatbestand der Politikerbeleidigung“ am Freitag, 6. Dezember 2024.“

Dieses Werkzeug der Bestrafung unliebsamer Meinungen will Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) nicht aus der Hand geben. Sie arbeitet sich an der Behauptung ab, dass die AfD hetze, das Land in Aufruhr versetze und Hass organisiere. Sie beklagt sich, dass die Opfer ihrer Aktivitäten 800 Strafanträge stellen und [fordert](#): „Dann hören Sie einfach auf damit, das Land zu zerstören“, dann gebe es auch weniger Strafanträge. Beleidigung sei der Anfang von etwas, das später in Körperverletzung oder Mord ende. „Deshalb werden wir weiter anzeigen“, kündigte Künast in der Aktuellen Stunde an.

Der Unionsabgeordnete Carsten Müller (CDU/CSU) hielt es für „bedenklich“, wenn man von Hunderten Anzeigen lese. „Idee des Paragraphen 188 ist nicht, dass man KI einsetzt, um Sachverhalte zu ermitteln“, [sagte](#) er. „Wer sich im politischen Bereich engagiert, muss auch mit deutlicher Kritik umgehen und leben können.“

Unterstützung erhielt die AfD in dieser Frage von der FDP. „Wir brauchen kein Sonderstrafrecht zum Schutz von Politikern“, [sagte](#) Katharina Willkomm (FDP).

## **Die Angst der Politiker vor Volksaufständen**

Die Wissenschaftlichen Dienste weisen am November 2024 auf die Sachverständigenanhörung des Rechtsausschusses im Jahr 2020 hin. Von den

Befürwortern einer Ausweitung war ausdrücklich die Hoffnung geäußert worden, dass der zum damaligen Zeitpunkt „so gut wie nie zur Anwendung“ kommende § 188 StGB durch die gleichzeitige Ausweitung des Tatbestandes und die Modifizierung des Antragserfordernisses zukünftig häufiger angewendet werden würde ([Protokoll Nr. 19/91, S. 14, 25, 27](#)). Das Protokoll stammt vom 6. Mai 2020.

Außenministerin Annalena Baerbock warnte am 20. Juli vor „Volksaufständen“ in Deutschland, sollte der Gas-Zufluss versiegen [berichtete](#) Merkur. Zuletzt habe etwa auch der Thüringer Verfassungsschutz-Chef Stephan Kramer vor bedrohlichen Sicherheitslagen in einem hypothetischen Gasnotstand gewarnt.

Die Geduld der Bevölkerung angesicht der politischen Zwangsmaßnahmen scheint grenzenlos, aber Politik und Behörden sind sich des wachsenden Widerstands bewusst. Das Bundeskriminalamt (BKA) teilte in einer [Pressemitteilung](#) des zu einem von ihm im November 2024 koordinierten „Nationalen Aktionstag gegen strafbare Hasspostings“ mit, dass die zweithäufigsten zugrundeliegenden Straftaten Fälle der Beleidigung von Personen des politischen Lebens gemäß § 188 StGB waren.

---

## **§ 188 Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung**

(1) Wird gegen eine im politischen Leben des Volkes stehende Person öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) eine Beleidigung (§ 185) aus Beweggründen begangen, die mit der Stellung des Beleidigten im öffentlichen Leben zusammenhängen, und ist die Tat geeignet, sein öffentliches Wirken erheblich zu erschweren, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Das politische Leben des Volkes reicht bis hin zur kommunalen Ebene.

(2) Unter den gleichen Voraussetzungen wird eine üble Nachrede (§ 186) mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und eine Verleumdung (§ 187) mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

[https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/\\_188.html](https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_188.html)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw49-de-aktuelle-stunde-poli>

[tikerbeleidigung-1033200](#)

<https://www.bundestag.de/resource/blob/1030684/3dbb36ace9c1b2d2b614c5d9ede ad227/Der-Straftatbestand-der-gegen-Personen-des-politischen-Lebens-gerichteten-Beleidigung-188-Absatz-1-StGB-.pdf>

<https://www.bundestag.de/resource/blob/1030684/3dbb36ace9c1b2d2b614c5d9ede ad227/Der-Straftatbestand-der-gegen-Personen-des-politischen-Lebens-gerichteten-Beleidigung-188-Absatz-1-StGB-.pdf>

[„Unfähigster Wirtschaftsminister aller Zeiten“: Kubicki wegen Habeck-Post angezeigt](#)

[https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite\\_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/241112\\_PM\\_Aktionstag\\_Hasskriminalit%C3%A4t.html](https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/241112_PM_Aktionstag_Hasskriminalit%C3%A4t.html)

<https://www.stern.de/politik/deutschland/robert-habeck—die-deutschen-finden-ihn-n ett-aber-wenig-kompetent-35123018.html>

---

[Der harmlose Fall eines Rentners zieht in der “Schwachkopf“-Affäre weite Kreise](#)

---

## **Leseempfehlungen. Zuletzt eingegeben:**



Werbung

Karoline Kuhla

# FAKE NEWS



**Fake News** (auf dt. etwas »Falschmeldungen«): Im Stil an echte Nachrichten angelehnte, gezielt in die Welt gesetzte Unwahrheiten, die sich meist über Soziale Medien verbreiten. Auch: beleidigender Ausdruck für unliebsame Berichterstattung oder Medien, ähnlich dem deutschen »Lügenpresse«.

**CARLSEN** KLARTEXT